

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung im Voraus für sechs Monate 12 M., im Voraus zahlbar. Für den Bezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Einband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Elsaß u. Westpreußen sowie für die Länder des Baltikums u. Ostpreußen 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8-9.

Die schließliche Kompensationsliste über den Raum kostet 1.- M. einschließlich Steuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das gesetzdrückte Wort 1.- M., jedes weitere Wort 1/2 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellungs-Gesuche in West-Anzeigen das gesetzdrückte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15234

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Notenwechsel über Oberschlesien

### Eine französische Note

Berlin, 23. Mai.

Der französische Botschafter hat am 19. Mai nachstehende Note dem Herrn Reichskanzler überreicht:

Berlin, den 19. Mai 1921.

Herr Reichskanzler!

Eure Excellenz haben mir gestern von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die das Reichswehrministerium getroffen hat, um die Bildung von Freikorps zu verhindern, und die das Reichsverkehrsministerium verfügt hat, um jegliche Beförderung von Freiwilligen und Waffen nach Oberschlesien zu untersagen.

Nach den mir zugegangenen Informationen sind diese Maßnahmen zu spät getroffen worden, um das Eindringen bedeutender bewaffneter Kontingente von außerhalb nach Oberschlesien zu verhindern. Die in der Gegend von Kreuzburg, unter dem Befehl von Arnim vereinigte Freikorps, sollen mehr als 8000 Mann zählen. Gleichfalls wird die Anwesenheit der Freikorps von Aulok bei Oppeln und Schmidt bei Krappitz gemeldet. Die Gruppe Kattow, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll über 9000 Mann und mehrere Kanonen verfügen.

Die erste Maßnahme, die diese Lage gebieterisch erfordert, ist die strenge Abschließung der Grenze zwischen dem deutschen Gebiet und dem Abstimmungsgebiet durch die deutschen Behörden. Die polnische Regierung hat bereits einer derartigen an sie gerichteten Aufforderung entsprochen.

In zweiter Linie wäre ich Eurem Excellenz dankbar, wenn Sie die zuständigen Behörden anweisen wollten, der Interalliierten Kommission die Aufgabe der Lebensmittelversorgung zu erleichtern.

Schließlich muß ich erneut darauf bestehen, daß die Reichsbank angefordert wird, unverzüglich die zur Bezahlung der Arbeiter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu entsenden. Nach den Angaben, welche die Legationsräte Richard Meyer und von Wolke gestern abend dieser Botschaft gemacht haben, soll diese Sendung an die zweiseitige Bedingung geknüpft sein, daß die Kommission die petuniäre Verantwortung für die Bewerksstellung ihrerseits übernimmt, und daß die Zahlung auf gewisse Beträge beschränkt werden, die nach Ansicht der deutschen Vertreter der Kontrolle der Insurgenten entzogen sind. Dieser Anspruch ist mit dem Buchstaben und Geist des Vertrages unvereinbar, wonach die Regierungskommission als Vertreterin der alliierten Mächte die ausschließliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung trägt. Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung gehalten, sich auf die Kommission zu verlassen, die Bezahlung und die Verteilung der Fonds nach ihrem Ermessen sicherzustellen. Würden die verfallenen Löhne weiterhin zurückgehalten werden, so würde sie sich schwerlich dem Vorwurf entziehen können, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich zu machen und die Anarchie zu verlängern, welche die Kommission zu unterdrücken bemüht ist.

Indem ich im Auftrage meiner Regierung die Aufmerksamkeit Eurem Excellenz auf diese verschiedenen Punkte lenke, zweifle ich nicht, daß Sie diese in dem verständlichen Geiste prüfen werden, von dem Ihre Politik getragen ist, und mit dem Wunsche, dazu beitragen, daß ein Heerd von Unruhen ausgetilgt wird, der für den allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist.

Gemügend Sie, Herr Reichskanzler den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

gez.: Charles Laurent.

### Die deutsche Antwort

Hierauf ist dem französischen Botschafter heute folgende Antwortnote zugestellt worden:

Herr Botschafter!

Eure Excellenz haben mir mit der Note Nr. 143 vom 19. d. M. die Fassung der französischen Regierung über gewisse Oberschlesien berührende Fragen übermitteln.

Ich benutze gern jede Gelegenheit, um durch Erörterung mit den in Berlin beglaubigten Vertretern der beteiligten Regierungen die Möglichkeiten zu erschöpfen, den Brandherd in Oberschlesien zu beseitigen, dessen Fortbestehen, wie Eure Excellenz mit Recht ausführen, den allgemeinen Frieden aufs schwerste gefährden muß. Eure Excellenz haben aus den Maßnahmen der deutschen Regierung ersehen, daß diese die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet und den Übertritt vom nicht besetzten deutschen in das besetzte Gebiet nicht duldet.

Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz, den die an Leib, Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglichen Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen polnische Insurgenten von sich aus zu bilden genötigt war. Auf diesen aus dem Zusammenschluß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, das der Verwaltung der Interalliierten Kommission untersteht, hat die Deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Die Deutsche Regierung hat über die bisher getroffenen bekannten Anordnungen hinaus aber Anweisungen erteilt, daß die zur Ueberwachung der Grenzlinie des besetzten Gebietes auf deutscher Seite vorhandenen Sicherheitsorgane, wesentlich verstärkt werden.

Eure Excellenz erwähnen, die polnische Regierung habe der Aufforderung zur Sperrung der Grenze entsprochen. Demgegenüber habe ich die Ehre, festzustellen, daß eine Verfügung der polnischen Regierung vielleicht ergangen sein mag, daß die Grenze aber tatsächlich völlig offen steht und tagtäglich der Übertritt von polnischen Soldaten, sowie der Nachschub von Munition und Materialen jeder Art für die Insurgenten erfolgt. Aus der Menge des hierüber vorliegenden Materials erwähne ich nur einen Vorfall, der sich in den letzten Tagen ereignet hat:

In dem noch im Nachbereich der Interalliierten Kommission befindlichen Kreise Kreuzburg haben in der Nacht vom 18. auf den 20. Mai 250 bis 300 Polen die Grenze überschritten und den Ort Kostaun angegriffen. Auch hier mußte der anwesende deutsche Selbstschutz eingreifen, um das Leben friedlicher ober-schlesischer Bürger zu schützen. Der Angriff konnte nur unter blutigen Verlusten abgewehrt werden, nachdem die eingedrungenen Polen im Dorfe Kostaun ein Gehöft in Brand gesetzt hatten.

In Uebereinstimmung mit Eurem Excellenz stelle ich mit Befriedigung fest, daß die Interalliierte Kommission für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien allein verantwortlich ist. Die Anarchie, von der in der Note die Rede ist, und die seit drei Wochen in Oberschlesien herrscht, sieht allerdings zurzeit in schärfstem Widerspruch zu den Verhältnissen, unter denen der Präsident der Interalliierten Kommission die Verwaltung des blühenden Landes im Februar vorigen Jahres übernommen hat.

Die Wiederherstellung der Ruhe ist auch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederaufnahme der Arbeit. Denn es handelt sich gar nicht um einen Zustand wirtschaftlicher, sondern einzig und allein um einen solchen politischen Charakters. Der polnische Zustand bezweckt, unter Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages und unter Verhöhnung jeden moralischen Rechtsempfindens die Vergewaltigung des ober-schlesischen Volkes. Die Leiden, welche die unglücklichen Bewohner von den mit grausamsten Raffinement vorgehenden Banden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich. An der großen Anzahl von unerhörten Verbrechen sei hier nur an die vor wenigen Tagen durch die Polen erfolgte Mißhandlung der beiden Ingenieure Winkler und Lebde in Zieleschütze erinnert, die in der Turnhalle über ein Pferd gelegt und mit Peitschenhieben bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, dann wiederholt durch Erfrischungen zum Bewußtsein gebracht und daraufhin weitergeschlagen worden sind, so daß sie jetzt hoffnungslos darniederliegen.

Die deutsche Regierung ist kühnig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die unbeschreibliche Qual der ober-schlesischen Bevölkerung zu lindern. Sie ist in Uebereinstimmung mit Eurem Excellenz grundsätzlich bereit und gewillt, in jeder praktischen Weise, auch durch Lebensmittel und Geldsendungen, die Lage zu erleichtern. Es besteht jedoch nach der übereinstimmenden Ansicht aller beteiligten und sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberschlesien die objektive Unmöglichkeit für die Gewähr, daß Gelder oder Lebensmittel tatsächlich in die Hände der wirklich Empfangsberechtigten gelangen und nicht dem Zugriff der Insurgenten unterliegen. Der Präsident der Interalliierten Kommission verfügt wenige Kilometer hinter Oppeln über keinerlei Nachbesugnisse mehr und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen.

Auch die von ihm ausgestellten Bescheinigungen haben bei den polnischen Insurgenten, die teilweise beginnen, sich in unabhängige wilde Banden aufzulösen, keinerlei Geltung mehr. Dies zeigt sich deutlich zum Beispiel bei der Reise der vom General Le Rond nach Oppeln gebildeten Deputation der Arbeitervertreter aus Kattowitz. Trotz der Bemühungen des französischen Kreis-kontrolleurs, Major Saleron, wurde ihr die Abreise von den Polen zunächst überhaupt nicht gestattet. Die daraufhin von Major Saleron vom polnischen Hauptquartier persönlich erbetenen schriftlichen Ausweise wurden auf der Fahrt von dem polnischen Posten ebenfalls nicht anerkannt, so daß die Deputation wieder umkehren mußte. Auch der schließlich von dem polnischen Kreis-beirat Gornitz in Kattowitz in polnischer Sprache unterschriebene Ausweis genügte nur bis zu den ersten Postenstellen von Mikulitzsch. Von dort mußte sich die Deputation durch Verhandlungen von Ort zu Ort in polnischer Deputation bis kurz vor Oppeln durchsetzen.

Ein weiteres Beispiel für die völlige Ohnmacht der Interalliierten Kommission und ihrer Organe ist das am 14. d. M. durch die polnischen Insurgenten erfolgte Anhalten des Kobnitzer Transportzuges von etwa 700 Flüchtlingen, obgleich diesem Zuge freies Geleit seitens des polnischen Befehlshabers schriftlich zugesagt war, und obgleich der Zug unter militärischer Bedeckung von drei alliierten Offizieren und 50 französischen Soldaten fuhr. Bis auf die Frauen, Kinder und älteren Männer wurden alle Flüchtlinge verhaftet und vier Personen unterwegs im Walde bei Tarnowitz nach vorheriger schwerster Mißhandlung ohne irgendeine Veranlassung erschossen, darunter der 14jährige Gymnasiast Haase aus Anbnitz.

Den Ausführungen dieser Note werden Eure Excellenz entnehmen, daß die Deutsche Regierung alles zur Besserung der Lage in Oberschlesien zu tun bereit ist, soweit die tatsächlichen Verhältnisse es nicht unmöglich machen.

Die Deutsche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen der Interalliierten Kommission gelingen wird, endlich Mittel und Wege zu finden, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberschlesien wiederherzustellen und die Bevölkerung von dem Joche der polnischen Insurgenten zu befreien.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Verankerung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

gez.: Dr. Wirth.

(Bessere Nachrichten Seite 2)

### Ernennung des Außenministers

Berlin, den 23. Mai.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten in Haag, Dr. Rosen, zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt und den Reichskanzler von der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden.

### Keine Dummheiten machen!

Die französische Kammer hat ihre Debatte über die auswärtige Politik vertagt, und die englische Regierung scheint damit einverstanden zu sein, so daß die endgültige Lösung der ober-schlesischen Frage dadurch eine neue Verzögerung erfahren hat. Wann der Oberste Rat endlich zumammentreten wird, ist danach völlig ungewiß. In der englischen Presse ist man ziemlich übereinstimmend der Meinung, daß Lloyd George fest bleiben müsse und keine Stellungnahme gegenüber dem ober-schlesischen Problem nicht verändern dürfe. Niemals habe der Premierminister, so schreibt der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“, die britische öffentliche Meinung geschlossener hinter sich gehabt als in der ober-schlesischen Frage. Wenn Paris und Warschau keine Achtung vor der britischen Ansicht und Ueberzeugung zeigten, so werde die Entente ein toter Buchstabe sein. Am Dienstag tritt das englische Parlament wieder zusammen. Ob es sich mit der ober-schlesischen Frage befassen wird, ist noch nicht bekannt.

Inzwischen ist ein lebhafter Notenwechsel zwischen den Alliierten auf der einen, zwischen der Entente, der französischen und der deutschen Regierung auf der anderen Seite im Gange. Dieser diplomatische Verkehr wird von einem privaten Meinungsaustausch zwischen französischen und englischen offiziellen Kreisen begleitet. Die Lösung der ober-schlesischen Frage wird aber durch diese Dinge in keiner Weise gefördert, es hat im Gegenteil den Anschein, als ob die Auffständischen, die schon vor einer Woche ihre Rückzug angekündigt hatten, die Uneinigkeit zwischen den Alliierten dazu benutzen wollen, um ihre Stellung aufs neue zu befestigen. Korfanty hat nach einer Meldung aus Paris einem Vertreter der „Chicago Tribune“ bereits erklärt, daß das ober-schlesische Problem geeignet sei ganz Europa in Brand zu setzen. Das läßt darauf schließen, daß die Auffständischen sich wieder außerordentlich sicher fühlen und nicht damit rechnen, daß ihnen die Alliierten mit Gewaltmaßnahmen entgegenzutreten würden. Sie finden darin Unterstützung bei der französischen Regierung, die jetzt von den anderen Alliierten verlangt, daß ein engeres Zusammenarbeiten der Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oppeln herbeigeführt und bei den Auffständischen ein gemeinsamer Schritt unternommen werden soll. Wenn dieser französischen Forderung gefolgt wird, so würde das nichts anderes bedeuten, als daß der Zustand durch die Alliierten doch noch legalisiert wird. Daß aber die englische Regierung darauf eingehen wird, ist kaum anzunehmen; es wird im Gegenteil berichtet, daß im Laufe des Sonntags vier Bataillone englischer Infanterie auf den Weg nach Oberschlesien gebracht worden seien.

Die deutsche Regierung hat auf die Note der Interalliierten Militärkommission geantwortet, daß sie alle Maßnahmen gegen das Freiwildigenwesen getroffen habe. Die bereits gebildeten Freikorps sollen aufgelöst, die Grenze des Abstimmungsgebietes soll für weiteren Zugang von Freiwilligen gesperrt werden. Das ist der einzige mögliche Standpunkt, den jetzt die Regierung einnehmen kann. Es hat aber den Anschein, als ob untergeordnete Behörden und Beamte den Anordnungen der Regierung nicht Folge leisten, denn der Verbeugung blüht weiter, und täglich muß von neuem über die Ansammlung und den Transport von Freiwilligenformationen berichtet werden. Besonders in Bayern scheint man auf die Reichsregierung pfeifen zu wollen. Wie unsere heutige Meldung aus Dresden besagt, hat der Durchzug von bayerischen Dr. geschleuten noch immer nicht aufgehört. Das läßt nicht darauf schließen, daß die Entwaffnung und die Auflösung der Einwohnerwehren und ähnlicher militärischer Organisationen, die nach den Forderungen des Ultimatums durchgeführt werden müssen, in Bayern eine glatte Erledigung finden werden.

Selbst in der nächsten Nähe der Regierung stößt man noch auf heimliche Waffenlager. So teilt die „Welt am Montag“ mit, daß im vorigen Monat in dem Palais des Princes Albrecht in der Wilhelmstraße gut versteckt, folgende Vorräte gefunden worden seien: 304 Gewehre, 39 schwere, 8 leichte Maschinengewehre, 8 Granatrohre, 31 Kisten mit Munition, 50 Gurte, 184 Helme und 38 Handgranaten. Bisher hat man nicht erfahren, was gegen die Leute, die dieses Waffenlager unterhalten haben, unternommen worden ist. Unwiderrsporen geblieben sind auch die Meldungen, wonach an mehreren Stellen des ober-schlesischen Grenzgebietes große Waffenvorräte angehäuft sein sollen. Die Passivität der Regierung gegenüber diesen Tatsachen ist nicht nur gefährlich für unsere internationale Stellung, die Regierung selbst wird durch solche Treibereien der Orgeschleute aufs Höchste bedroht. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß unter dem Vorwand der „Rettung Oberschlesiens“ eine neue gegenrevolutionäre Aktion vorbereitet wird.

Die Arbeiterorganisationen haben nunmehr dafür zu sorgen, daß den Anordnungen der Regierung kein Widerstand entgegengesetzt wird. Jeder Transport von Freiwilligen und von Waffen nach Oberschlesien muß unterbunden werden. Die Betriebsräte und Funktionäre insbesondere der Eisenbahnen müssen eine strenge Kontrolle über alle Bewegungen nach Schlesien ausüben. Es

steht fest, daß falsche Reiseziele angegeben werden, daß man die Bewegungen der Freiwilligen mit falschen Legitimationen zu decken sucht. Schärfste Aufmerksamkeit gegenüber diesen Treibereien ist notwendig. Wenn die Regierung ihre Anordnungen nicht auf dem Papier stehen lassen will, so hat sie die Pflicht, die Arbeiterorganisationen zur Ausübung dieser Tätigkeit ausdrücklich zu autorisieren.

Trotz des jetzt scheinbar ungünstigen Standes der ober-schlesischen Frage, muß immer wieder betont werden, daß die deutsche Regierung zu ihrer Entwirrung nichts anderes beitragen kann, als daß sie sich genau an den Wortlaut des Friedensvertrages hält und den Alliierten die Verantwortung für die Wiederherstellung der Ordnung selbst tragen läßt. Sie darf sich darin auch nicht durch das Geschrei der nationalistischen Presse beirren lassen. Wenn die deutsche Politik in der jüngsten Zeit im Ausland wieder mehr Verständnis gefunden, wenn man besonders in England das französische Säbelgerassel zurückgewiesen hat, so ist das lediglich der bisherigen Haltung der Regierung Wirth zu danken. Sie würde unsere internationale Lage nur wieder verschlechtern, wenn sie irgend etwas unternähme, was gegen den Friedensvertrag verstößt und was den Anschein erwecken könnte, als ob sie unter neuen Vorwänden die Ausführung der Forderungen des Ultimatums verhindern wollte.

Wir wären nicht in die jetzige Situation hineingeraten, wenn die Vorgängerin der heutigen Regierung rechtzeitig das einzig mögliche getan hätte, nämlich eine direkte Verständigung mit den Polen über die Zukunft Oberschlesiens herbeizuführen. Was wir jetzt dort erleben, ist nur eine Folge dieser Unterlassung. Und die Leute, die jetzt am lautesten darüber schreien, tragen die größte Schuld daran, daß es soweit gekommen ist. Nun aber dürfen nicht neue Dummeheiten gemacht werden!

## Eine französische Note an England

Paris, 22. Mai.

Nach einer Havasmeldung hat der französische Botschafter in London gestern Abend im Auswärtigen Amt eine Note über Oberschlesien überreicht, in der kurz darauf hingewiesen wird, daß die Lage in Oberschlesien sich verschlechtern könne angesichts der Haltung der deutschen Korps, die dort gegen Verstärkungen erhielten, und angesichts der Stimmung der Arbeiter, die in Bolschewismus umschlagen könne, und auch im Hinblick auf die Schwierigkeiten einer Intervention bei dem ausstehenden Ausschuh der Polenbewegung und den Deutschen. Die Note schlägt deshalb vor, der englische Botschafter in Berlin, Lord Aberdeen, möge einen Schritt des französischen Botschafters unterstützen, um im Interesse der Alliierten bei der deutschen Regierung vorstellig zu werden, damit sie die angekündigten Maßnahmen ausführe.

Paris, 22. Mai.

Einer Havasmeldung aus London zufolge hat der französische Botschafter gestern im Auswärtigen Amt nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein engeres Zusammenarbeiten der Mitglieder der Interalliierten Kommission in Opatowitz herbeizuführen zwecks Wiederherstellung der Ordnung, die durch einen gemeinsamen Schritt bei den Aufstrebenden wesentlich erleichtert werden könnte. Bekanntlich hat, heißt es in der Havasmeldung weiter, der britische Vertreter bei der Kommission, Oberst Percival, bisher keinerlei Unterhandlungen mit den Aufstrebenden begonnen wollen, weil er der Auffassung ist, daß ein solcher Schritt schließlich zu einer Anerkennung ihrer Autorität führen würde.

## Eine Untersuchungskommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Amsterdam, den 21. Mai 1921.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner gestrigen Sitzung auch zu dem polnischen Zustand in Oberschlesien und zu den vorgekommenen feindseligen Handlungen zwischen polnischen und deutschen Arbeitern Stellung genommen. Wie der Sekretär Dudgeest mitteilte, hatten sich die von den deutschen Gewerkschaften eingerichteten Beschwern über den polnischen Terror so sehr gehäuft, daß das Bureau sich entschloß, die Zentralkommission der polnischen Gewerkschaftsverbände in Warschau und eine Kommission aus Oberschlesien zu der Vorstandssitzung zuzuziehen. Die ober-schlesische Kommission konnte jedoch nicht nach Amsterdam kommen, weil, wie Veipart namens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Sitzung mitteilte, infolge der polnischen Beziehung keine Verbindung mit den Genossen in Oberschlesien herzustellen war.

Veipart erhob lebhaft Beschwern über die polnischen Gewalttätigkeiten und deren Begründung durch die französische Besetzung, aber auch über die polnischen Gewerkschaften in Oberschlesien, die schon in einem Rundschreiben vom 22. März gegen alle deutschen und polnischen Arbeiter, die bei der Abkündigung am 20. März für Deutschland votiert hatten, die Drohung richteten, daß „diese Knechte damit ihr eigenes wirtschaftliches Todesurteil gesprochen hätten“. Das sollte heißen, wie es weiter in dem Rundschreiben auch offen ausgesprochen war, daß man ihre weitere Beschäftigung im ober-schlesischen Industriegebiet nicht zulassen werde. Der Vertreter der Gewerkschaften Polens, Zutowoski aus Warschau, behauptete die polnische Organisation, die dieses Rundschreiben erlassen hat, als eine gelbe und nationalistische Gewerkschaft. Er behauptete die vorgekommenen Gewalttätigkeiten und hielt den ganzen Zustand für überflüssig und daher zwecklos, lehnte es aber ab, die beteiligten Leute schon zu verdammen, weil man sie erst hören müsse. Weiter behauptete der Vertreter Polens, daß auch die deutschen Arbeiter nicht schuldlos seien, sondern daß auch ihnen Gewalttätigkeiten gegen polnische Arbeiter nachgewiesen werden könnten. So war seine Rede, wie der Vertreter Deutschlands in seiner Erwiderung feststellte, im Grunde genommen doch nur eine Verteidigung des polnischen Zustandes.

Auch Dudgeest meinte deshalb am Schluß der mehrstündigen Aussprache, er hätte gewünscht, daß Zutowoski weniger nationalistisch gesprochen hätte. Das Ergebnis der Beratung war, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine aus Louvain-Paris, Williams-London und Himmens-Amsterdam bestehende Untersuchungskommission baldigst nach Oberschlesien entsendet, die dort an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern die nötigen Feststellungen für eine objektive Beurteilung der Schuldfrage vornehmen soll.

## Gegen den Verbeugung

Das Auswärtige Amt hat auf die Note der Interalliierten Militärkontrollkommission vom 14. Mai über die Rekrutierungen für Oberschlesien folgende Antwort erteilt:

Die deutsche Regierung teilt vollkommen die in Ihrer Note vom 14. Mai ausgesprochene Auffassung, daß die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien und die Bildung von „Freikorps“ oder ähnlichen Formationen aus solchen unzulässig ist. Sie hat deshalb bereits am 19. Mai den in Abschrift beigelegten Aufruf erlassen, in dem sie derartigen Bestrebungen ganz entschieden entgegen-

getreten ist. Schon vorher hatte der Reichswehrminister die zuständigen militärischen Stellen nachdrücklich angewiesen, daß die Bildung etwaiger Freiwilligenformationen mit allen Mitteln zu hindern sei, um das Wiederaufleben des Freikorpswesens im Reime zu unterdrücken. Den in diesen Rundgebungen ausgesprochenen Grundtönen entsprechend, werden die deutschen Behörden mit größter Strenge gegen solche Anwerbungen und Zusammen-schließungen vorgehen. Die Handhabung dazu bieten einmal die §§ 127, 110 des deutschen Strafgesetzbuches, wonach die unbefugte Bildung bewaffneter Haufen und der Anschluß an solche sowie die öffentliche Aufforderung zu geschwäglichen Handlungen mit Gefängnis bedroht ist, ferner das Gesetz vom 22. März 1921, das die Auflösung der Vereinigungen gestattet, die mit den Vorschriften der Artikel 177, 178 des Vertrages von Versailles im Widerspruch stehen.

Die Polizei und die Gerichtsbehörden sind angewiesen, von den angezogenen Bestimmungen des Strafgesetzbuches unmissverständlich Gebrauch zu machen, und zwar namentlich auch gegen Zeitungen, in denen Verbeugungen erscheinen. In Fällen, in denen sich unzulässigerweise angeworbene Freiwillige bereits zu Freikorps zusammengeschlossen haben sollten, wird deren Auflösung durch die Landesregierung erfolgen. Um den Zugang von Freiwilligen zu solchen Zwecken nach Oberschlesien zu verhindern, sind Maßnahmen im Gange, durch die die Grenze des Abstimmungsgebietes für sie gesperrt werden soll.

## Keine Verbindung mit Oberschlesien

Das Reichspostministerium teilt mit: Der telegraphische Verkehr des Berliner Haupttelegraphenamtes mit Oberschlesien beschränkt sich auf die Verbindung mit Oppeln-Stadt, nachdem das Telegraphenamt in Breslau gestern Abend nach Berlin mitgeteilt hat, daß es, von dieser Verbindung abgesehen, vollständig von Oberschlesien abgeschnitten sei und solche Telegramme von Berlin nicht mehr annehmen könne. Das Berliner Haupttelegraphenamt ist auch ohne Verbindung mit Budapest, Brunn und Krakau, weil seine dorthin führenden Leitungen in Oberschlesien gestört sind.

## Die Protestversammlung für Oberschlesien

Die für Sonntag vormittag nach der Philharmonie einberufene Protestversammlung gegen eine Vergewaltigung Oberschlesiens wurde vom Reichstagspräsidenten in Löbe geleitet. Ludwig Wöllner trug ein ober-schlesisches Gedicht vor. Weiter sprachen: der Präsident der preussischen Landesversammlung, Leinert, der 2. Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Graumann, der Präsident der Handelskammer zu Berlin, Franz von Mendelssohn, der Generalsekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Baltrusch, der Generalsekretär des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Abg. Reinath, der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsrings (Christlich-Deutscher Gewerkschaften), Hartmann, und Walter Raebana als Vertreter der Industrie. Sie alle erhoben — von den verschiedensten Gesichtspunkten aus die ober-schlesische Lage betrachtend — im Namen der von ihnen vertretenen politischen Gruppen, Vereine, Verbände und Organisationen Protest gegen die korruptive Gewaltmethode und die französische Begünstigungspolitik. Sie verlangten einmütig, daß Oberschlesien, gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages und dem Ergebnis der Abstimmung, ungeteilt beim Deutschen Reich verbleibe. Sämtliche Redner erklärten übereinstimmend ihre Bereitwilligkeit, die durch die Annahme des Ultimatums eingegangenen Verpflichtungen restlos zu erfüllen; jedoch betonten sie, daß das deutsche Volk auch Gerechtigkeit und Unparteilichkeit vom Obersten Rat für Oberschlesien erwarten müsse. Ein aus Oberschlesien gestellter Vertreter der Metallarbeiter, Hänke, schilderte zum Schluß die Handlungen der Polen.

Wir haben unsere Stellungnahme zu dieser Versammlung und zu den von ihr aufgestellten Parolen bereits eindeutig dargelegt. Nichtsdestoweniger müssen auch wir von den Alliierten verlangen, daß sie die ihnen durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllen, in Oberschlesien für die Wiederherstellung der Ordnung Sorge tragen und endlich die Entscheidung über die künftige staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens fällen.

## Drageschleute unterwegs!

Der Hauptbetriebsrat bei der Eisenbahnverwaltung Dresden teilt uns unterm 21. Mai mit:

Wie schon am 19. Mai, passierte heute wiederum mit dem Schnellzug 7.15 Uhr ein Transport 100 Mann angeworbene Drageschleute den Bahnhof Dresden-N. Bei dem Transport befanden sich 17 Risten Handgranaten, die aber durch obere Eisenbahnbeamte, trotzdem sie von den Betriebsräten auf den unvorschriftsmäßigen Transport aufmerksam gemacht worden waren, doch weitergeleitet wurden, in der Richtung nach Breslau. Ein von den Hauptbetriebsräten verständigter Beamter der Generaldirektion erklärte, telegraphisch die Anhaltung des Zuges in Bautzen angeordnet zu haben. Der Präsident der Verwaltung war nicht zu erlangen. Trotzdem ist dieser Zug ohne Untersuchung durch Bautzen durchgeleitet worden. Ein am Gepäckwagen postierter Drageschleuter, der vom Transportleiter beauftragt war, darüber zu wachen, daß die beim Packmeister befindliche Munition nicht entladen würde, blieb in Dresden-N. zurück. Seine Vernehmung durch Angehörige der sächsischen Landespolizei im Beisein der Betriebsräte und Parlamentsvertreter hat folgendes ergeben:

Durch Aufrufe in den bayerischen Zeitungen werden ehemalige Angehörige von weihgardistischen Formationen aufgefordert, sich bei der Werbestelle des Vereins heimattreuer Oberschlesier zu melden. Die Leitung dieser Werbestelle liegt in den Händen eines Oberleutnants. Bei Meldung wird den Leuten ein Schein folgenden Inhalts ausgehändigt.

Ausweis.

Der . . . . . ist gebürtiger Oberschlesier und zur freien Fahrt nach seiner Heimat berechtigt.

Berein heimattreuer Oberschlesier, Ortsgruppe München.

Es wird ihnen in vorläufiger Form zu verstehen gegeben, daß Nichtmeldung oder Entfernung von der Truppe kriegsgerichtlich bestraft wird und sie gegen Polen kämpfen sollen. Als Entlohnung wird ihnen pro Tag 70 M. zugesichert, in der Gegend von Breslau sollen sie eingekauft werden. Der Abtransport von München geschieht, indem sie immer zu zwei Mann, in größeren Abständen und verschiedene Bahnsteigsperrten benutzend, mit dem angegebenen Ausweis passieren. Zu verpflegen haben sie sich selbstständig auf fünf Tage. Waffen erhalten sie bei der Abfahrt nicht, doch werden diese wie auch Munition auf außerhalb Münchens liegenden Stationen zugelassen. Während der Fahrt ist ihnen vom Transportführer bekanntgegeben worden, daß die Entlohnung bloß 40—50 M. beträgt und sie verpflichtet sind, gegenüber auhörtenden Personen sich über Zweck und Ziel der Reise nicht zu äußern. In Dresden haben sich noch Studenten zu dem Transport hinzugesellt. Soweit die Aussage des zurückgebliebenen Drageschleuters.

Weiter ist bekanntgeworden, daß ehemalige Studenten der Ehrhardtgruppe seit kurzem von Dresden verschwunden sind in Richtung München. Ein weiterer Transport wurde in Dresden heute Abend 7.35 Uhr ermarzt; wir hoffen, mit Unterstützung der sächsischen Regierung die Transporte aufzulösen.

## Was man sonst nicht hörte

Beginnende Einsicht

Das Berliner Zentrumsorgan „Germania“ veröffentlicht, ohne sich mit allen Ausführungen des Verfassers einverstanden zu erklären, einen Aufsatz eines angesehenen deutschen Universitätsprofessors, der die französische und deutsche Mentalität untersucht und scharfe Kritik sowohl an der einen wie an der anderen übt. Es heißt da u. a.:

„Doch kehren wir nicht bloß vor der fremden, sondern offen und ehrlich auch vor der eigenen Tür! Wird nicht auch auf deutscher Seite, wenn gleich nicht im selben Grade, manches entstellt oder verschwiegen, jedenfalls mit Vorliebe und Bedacht nur die eine Seite herausgeholt, die für sich allein genommen ein ganz schlechtes oder doch nur halbes Bild von der Wahrheit bietet? Am zunächst bei den negativen Manipulationen zu bleiben, wie wenig hört und liest man beispielsweise von der dräuenden, ja fast erdrückenden französischen Schuldenlast, die doch zur Erklärung des hartnäckigen und ungefühen Drängens auf die Reparationen wesentlich ist, an der wir überdies indirekt nicht ganz unschuldig sind! Wie wenig ist die Rede von unserer Mitschuld am Kriege und an seinen Zerstörungen, von dem das Urteil der Welt wie die reale Entschuldigungsverpflichtung fraglich mitbestimmenden Exzessen und Fehlritten unter dem alten Regiment aus unserer Seite! Auch die Korruptionssymptome im neuen Reich, mögen sie das Maß der französischen immer noch nicht erreichen, wollen wir weder rückhaltlos genug gestehen noch energisch genug ausräumen, obgleich sie mitschuldig an unserer geringen Leistungsfähigkeit und daher in der Beurteilung des gegenwärtigen Kontroversstandes nicht zu umgehen sind: um nur die wirtschaftlichen zu erwähnen, die gewaltige Herabdrückung unserer Währung durch die unerhörte Papierinflation noch nach dem Kriege und all die Verwirtschlichung unserer öffentlichen Vermögens in den letzten Jahren!“

Noch interessanter ist das, was der Verfasser über das Anwachsen des alldeutschen Chauvinismus sagt, der „die alten absolutistisch-militaristischen Zeiten zurückzuführen und einen Revanchekrieg vorzubereiten droht“:

„Noch sind leider jene Kreise nicht tot, die uns durch ihre Extravaganzen in dieses nationale Unglück gestochen haben, und noch leben die Ideen, die uns vor dem Kriege in den Krieg und während desselben in immer schwierigeren Bewidlungen hineintrrieben. Ja, als ob sie gleich den Emigranten nichts gelernt und nichts vergessen hätten, erheben sie lauter und dreister denn je ihr Haupt und würden jetzt noch alles vor sich herschmeißen, wenn es auf sie ankäme, so daß wir daraus schließen können, wie es uns und der Welt ergangen wäre, in welche Sklaverei die Völker einschließend des deutschen nach innen wie nach außen geraten wären, wenn diese Leute in einem siegreichen Deutschland das Fest in der Hand behalten hätten und am Ruder geblieben wären. Jetzt, wie ehemalige Generale und Offiziere, untreue Studenten und ideologische Professoren, abige Junker und reiche Großgrundbesitzer oder Industrielle mit dem ganzen Troß ihrer Anhänger und Trabanten, vor allem die Presseabenteurer, sie alle gebärden sich so, als ob Krieg und Revolution spurlos an unserem Volke vorübergegangen wäre.“

Es ist erfreulich, derartige Wahrheiten, die wir seit Jahr und Tag predigen, in dem Organ einer Partei zu finden, die bisher dem Kampf gegen die Reaktion aus dem Wege ging, ja noch vor kurzem die Hilfe der Deutschnationalen in Anspruch nahm, um das jetzige Kabinett in Preußen zu etablieren. Was sagt übrigens Herr Stegerwald zu der Charakteristik jener nationalistischen Kreise, um deren Vertrauen er mit so viel Erfolg geworden hat?

## Der Beginn der Prozesse gegen die Kriegsverbrecher

Leipzig, 23. Mai.

Die Prozesse gegen die deutschen Kriegsverbrechlichen haben heute vor dem Reichsgericht, 2. Straßsenat, unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Schmidt begonnen. Der erste Prozeß richtet sich gegen den früheren Unteroffizier und jetzigen Küfermeister Karl Hegnen aus Barmen wegen Gefangenennahmehandlung im Lager Horne. Anwesend waren Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsjustizministeriums und der englischen Regierung und Gerichtsbarkeit mit dem Solicitor General Sir Ernest Pollock an der Spitze. Die Anklage wird vom Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer vertreten.

## Ein Staatsstreich in Portugal

Paris, 23. Mai.

Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ meldet, es scheint sich in Lissabon ein Staatsstreich vollzogen zu haben. Den Monarchisten sei es durch Ueberraschung gelungen, alle Kabinettsmitglieder festzunehmen. Ein zweites Telegramm der „Daily Mail“ aus Lido besagt, Reisende, die diese Nacht aus Oporto angekommen sind, erklärten, am Samstag sei mit Unterstützung militärischer Elemente, unter dem Kommando von Machado de Santos, ein Aufstand ausgebrochen. Der Premierminister Bernardino Machado und alle Minister seien verhaftet worden. Die Bewegung werde von den monarchistischen Elementen unterstützt.

London, 23. Mai.

Wie die Blätter melden, ist der Sturz des portugiesischen Kabinetts durch eine Militärevolte herbeigeführt worden.

## Die französischen Gewerkschaften und der Wiederaufbau

Paris, 22. Mai.

Das Komitee für den Wiederaufbau, das die C. G. T. eingeschaltet hat, um eine Organisation zu schaffen, die den Wiederaufbau fördert, wird nunmehr in den östlichen und nördlichen Departements 30 öffentliche Versammlungen veranstalten, um die Bevölkerung aufzufordern, das den Delegierten übertragene Mandat zu bekräftigen. Ministerpräsident Briand wird am Mittwoch die Leitung des Komitees empfangen, die ihm die Wiederaufbaupläne unterbreiten soll.

## Landtagswahlen in Tirol

Innsbruck, 22. Mai.

Bei den Wahlen für den Landtag wurden in Nord-Tirol für die Tiroler Volkspartei 57 965, für die Großdeutsche Volkspartei 12 696, Sozialdemokraten 24 739, Nationalsozialisten 12 727 und für die Gruppe der Kriegssopfer 475 Stimmen abgegeben. 14 Stimmen sind noch aus.

Kein Konflikt in Brannschweig. Das Presseamt des Braunschweigischen Staatsministeriums verbreitet eine Mitteilung, daß trotz eines Konflikt zwischen dem Landtag und der Regierung nicht bestehe. Eine Meinungsverschiedenheit bestehe nur zwischen der Mehrheit der Landesversammlung und der Opposition. Die Anrufung des Staatsgerichtshofes durch die Minderheit des Parlaments entbehre jeder juristischen Grundlage.

# Bezirksgeneralversammlung Berlin-Brandenburg

In der ordentlichen Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg am Sonntag, gab zuerst Gen. Brühl den Geschäftsbericht.

Nach Erörterung der Wichtigkeit der neuen Stadtgemeinde Berlin und der Berliner Parteiorganisation kam er zur Feststellung, daß sich der nunmehr überwindenen Krise die Mitgliederzahl ständig und erfreulich zunehme. Unsere vornehmste Aufgabe muß es sein, unsere Organisation so auszubauen, daß im gegebenen Augenblick nicht, wie schon einmal, nur die Spitzen der Verwaltung beachtet werden können, sondern daß der ganze Verwaltungsapparat übernommen werden kann. In jeder politischen Situation haben wir uns zu fragen, was haben wir als Sozialisten zu tun, ohne Rücksicht auf die Haltung der Kommunisten und Rechtssozialisten zu nehmen. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen uns klar darüber werden, daß wir in entscheidenden Augenblicken unsere Organisation einsehen haben. Aus den letzten Bewegungen in der kommunistischen Partei haben wir die Lehre zu ziehen, daß, wenn wir unsere Organisation einsehen, dies mit allen Konsequenzen zu geschehen hat, ohne Rücksicht darauf, was folgt, selbst wenn die Partei in Trümmern gehen sollte. In kurzer Zeit würde sie sich wieder erheben, weil, wenn sie für eine gute Sache eingesetzt, sie das Vertrauen der Masse haben würde. Die Masse der Organisation kann man aber nicht, wie die Kommunisten, lediglich nach dem Willen der Führer einstellen. Die historische Schuld der Rechtssozialisten ist, daß sie es nicht gewagt haben, zu Beginn des Weltkrieges ihre Organisation aufs Spiel zu setzen. (Lebhafter Beifall.) Der Marxismus hat erneut bewiesen, daß wir den Kostbarsten Theben gegenüber die richtige Haltung eingenommen haben. Freuen wollen wir uns nicht darüber, denn letzten Endes haben alle Arbeiter darunter zu leiden. Durch sozialistische und revolutionäre Politik müssen wir die mutlos gewordenen Arbeiter, die der U. S. P. D. den Rücken lehnen, unter unserer Fahne sammeln.

## Bei der Forderung der sozialistischen Regierung,

die sich auf die freien Gewerkschaften, die freien Angestellten- und Beamtenorganisationen stützt, müssen wir feststellen, daß wir eigentlich im Kreise herumgegangen sind. Als während der Kampagne ein Teil unserer Genossen diese Forderung vertraten, wurden sie beinahe gesteinigt. Wir haben bei dieser Forderung unser Mindestprogramm in den Vordergrund zu stellen, das einer solchen Regierung als Richtschnur zu dienen hat. Wir haben uns daran zu gewöhnen, daß Vertreter angeblicher linker Meinungen ruhig angehört werden. Mehr Gedankenfreiheit, worunter nicht Handlungsfreiheit zu verstehen ist, muß gewährt werden. Nach Besprechung der Magistratsbildung und der Forderung nach einer stetigen, selbstbewußt-sozialistischen Politik durch die Stadtverordnetenfraktion, erwähnt Gen. Brühl die Tatsache, daß früher, zu den Kommunisten Übergewaltete Parteigenossen häufig mit uns genommen hätten. Es sei ihnen jedoch unangenehm, als einfache Soldaten bei uns in Reich und Glied zu treten. Ueber die Rückkehr dieser Genossen könnten wir uns freuen. In einer gewissen Karenzzeit müßten sie aber den Beweis erbringen, daß sie auch als einfache Soldaten für die Partei tätig sein wollen und können. (Lebhafter Beifall.) Der Referent berichtet weiter über die Verammlungen, Kundgebungen und Protestaktionen der Partei im Berichtsjahre und verlangt, daß Maßnahmen getroffen werden, daß sich die Partei unter allen Umständen in ihren Versammlungen behauptet. Den Stützpunkt muß unter Anwendung der gleichen Methoden gezeigt werden, daß wir uns keinesfalls unsere Versammlungen durch irreführende Klassenossen stören lassen. (Lebhafter Beifall.)

## Dem Bildungswesen

ist mehr Achtung als bisher zu schenken. Die Vermittlung von Allgemeinbildung gehört nicht in das Programm unserer Bestrebungen. Das ist die vornehmste Aufgabe der sogenannten sozialistischen Arbeit in Stadt und Land. Die Partei hat in erster Linie für Heranbildung tüchtiger Parteigenossen Sorge zu tragen. Der Institution der Elternbeiräte ist mehr Interesse zu schenken, denn auch die unheimbare Kleinarbeit ist notwendig und muß entsprechend gewürdigt werden. In die Arbeit für Heranbildung des Sozialismus muß nicht nur fühl und nüchtern herangetreten werden, sondern auch mit einem idealen Schwung. Wir dürfen nicht verzweifeln, wenn der Sozialismus bis heute noch nicht zur Wirklichkeit geworden ist. Was für die Erde die Sonne ist, das ist für uns Arbeiter der Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Den gedruckt vorliegenden Kasernenbericht erläuterte der Kassierer, Genosse Herbst. Er wandte sich dagegen, daß in den Distrikten größere Geldmittel angefordert werden. Er verlangte ihre Abführung an die Zentralkasse, damit fruchtbringende Arbeit geleistet werden könne.

Genosse Voormann erstattete den Bericht der Revisoren. Monatlich wurden Kasse und Belege geprüft und in bester Ordnung befunden. Er beantragte für die Kassierer Herbst und Zachow Entlastung.

## Den Bericht der Preßkommission

gab Genosse Naag. Er gibt die Beschlüsse der Kommission bekannt. Die geringe Zahl der eingegangenen Beschwerden beweise, daß dem Parteiblatt eine freundliche Gewinnung entgegengebracht werde. Bei Erörterung der Personalveränderungen im Redaktionsstab spricht er dem ausgeschiedenen Genossen Leid unter lebhaftem Beifall der Versammlung den Dank der Parteigenossen für seine hingebungsvolle und unermüdete Arbeit im Dienste der Parteipresse aus. Durch jahres Arbeiten für eine dauernde Steigerung der Abonnentenziffer könnten die Wünsche über Ausstattung des Zentralorgans berücksichtigt werden. Bei der bevorstehenden Agitation für die „Freiheit“ müsse jeder Genosse mindestens einen neuen Leser werden. Die bürgerliche Presse müsse systematisch aus den Arbeiterfamilien verdrängt werden. Die Preßkommission betrachte sich als Helfer und Berater der Redaktion und sehe in den Redaktionsmitgliedern Parteigenossen, die auf einen verantwortungsvollen Posten gestellt sind, um die Parteigrundzüge journalistisch zu vertreten.

Der Obmann der Schiedskommission, Genosse Lausant, berichtet über die manchmal unerquickliche Tätigkeit dieser Körperschaft. Vor der Parteispaltung sei in einzelnen Anträgen die Tendenz zutage getreten, daß eine Richtung die andere zu schädigen versuche. Anträge solcher Art seien bis nach der Spaltung zurückgeschickt worden. Genosse Lausant forderte zum Schluß, daß die Kommission nicht zu sehr mit Kleinigkeiten beschäftigt werde. Man solle versuchen, die Streitfälle möglichst innerhalb der Distrikte zu schlichten.

In der nunmehr eingehenden

## Diskussion

kritisiert Genosse Ritter, daß die Partei solche Augenblicke verpaßt habe, in denen sie Gelegenheit gehabt hätte, auf die noch fernstehenden zu wirken. Bei der Frage der Unterzeichnung des Ultimatum wurde kostbare Zeit verstreut. Zu spät wurde unsere Stellungnahme erörtert. In Versammlungen hätte der breiten Masse unsere Ansicht übermitteln werden müssen. Die bisherige Inzucht muß aufhören. — Genosse Gebhardt: Die Hauptsache bei uns auf dem Lande ist die Presse. Sie wird leider zu wenig verbreitet. Nach kurzer Erörterung der Ansicht der Landbewohner über die Agrarfrage, fordert der Redner ausführliche Berichte über die Verhandlungen gegen die Kriegsverbrecher.

Genosse Winter: Es muß endlich eine Basis zur Einigung der Arbeiter gefunden werden. Als Redner einer Annäherung an die Rechtssozialisten das Wort redet, schießt er auf heiligen und anhaltenden Widerspruch der Versammlung. Er fordert dann, daß der Parteivorstand mit dem Vorstand der U. S. P. D. den Einigungsweg suche. — Genosse Thielemann: Bei unseren Handlungen haben wir nur die sozialistischen Grundzüge zu beachten. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß in Potsdam die

Arbeiterchaft der U. S. P. D. folgt. Durch Brechen von Abmachungen haben die Kommunisten jede Rücksichtnahme verscherzt. Aus der Passivität müssen wir heraus und zur Aktivität übergehen. Für Agitation und Propaganda auf dem Lande muß mehr getan werden. — Genosse Bollmerhaus: Bei der Einschätzung der politischen Situation haben wir uns von der Nachprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse leiten zu lassen. Notwendig ist es, daß der Sozialismus und den Wahlen zu den Kantonsparlamenten, Schlichtungsausschüssen usw. mehr Beachtung geschenkt wird. Bedauerlich ist es, daß die Arbeiterchaft den Rennbahnen usw. mehr Interesse entgegenbringt als den Bildungsbestrebungen. — Genosse Freudenberger kritisiert einzelne Posten des Kasernenberichts, während Genosse Schächtinger seinem Bestreben darüber Ausdruck gibt, daß bei der Abstimmung über Annahme des Ultimatum 15 unserer Reichstagsabgeordneten fehlten. Die Abgeordneten müßten sich auch in den Dienst der Agitation auf dem Lande stellen. Einige Artikel in der „Freiheit“ hätten bei vielen Parteigenossen Mißfallen erregt. Der Kasernenbericht sei in Zukunft detaillierter in Druck zu legen. — Genosse Binow ist für eine Beteiligung der Partei an der Regierungsbildung.

Genosse Vedeboer: Von den 15 bei der Abstimmung über das Ultimatum fehlenden Reichstagsabgeordneten hat keiner böswillig gefehlt. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß in dieser Versammlung ein Genosse für ein Aufgeben der Partei in der U. S. P. D. eintreten würde. (Sehr richtig.) Mit solchen Selbstmordgedanken werden wohl wenig Genossen spielen. (Lebhafter Beifall.) Der Erfolg würde nur sein, daß die Rechtssozialisten einige tausend Mitglieder erhielten, die U. S. P. D. aber würde künstlich ins Leben zurückgerufen werden. (Sehr richtig.) Wir müssen wieder zu einer großen sozialistischen Partei mit revolutionären Zielen kommen, nicht durch eine schwammige, rechtssozialistische Politik, sondern durch eine konsequente Politik auf Grund des Leipziger Aktionsprogramms. — Genosse Stiefel schildert die Stimmung auf dem Lande und tritt ebenfalls für eine Beteiligung der Partei an der Regierungsbildung ein.

Ein Schlußantrag beendet die Aussprache. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Di-

## Neuwahlen

zeitigten folgende Ergebnisse: Besoldeter Vorsitzender: Genosse Reiter; unbesoldeter Vorsitzender: Genosse Koch; Sekretäre für Berlin: die Genossen Herbst, Müller, Schent und Holz; Sekretäre für die Provinz: die Genossen Jahn, Jenner, Steloff und Homa. Der Posten einer Sekretärin soll ausgeschrieben werden. Die bisherigen Revisoren Voormann, Berger, Tschke, Koch und Linde wurden wiedergewählt. Die Schiedskommission setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: Lausant, Feilz, Desterreicher, Fleisch, Jilgen, Steinig, Gube, Grumach und Kapp.

Unter Aufstellung der noch vorliegenden Anträge wurde die Generalversammlung hierauf vertagt.

## Groß-Berlin

### Ein Idyll

Zu der unter obiger Ueberschrift gebrachten Notiz geht uns jetzt folgende Mitteilung zu, welche so recht zu dem ganzen geschilderten Vorgang paßt:

Wie sehr der Artikel „Ein Idyll“ das Richtige getroffen, geht daraus hervor, daß am Freitag gleich nach Erscheinen der Zeitungen einige Kollwagen vor dem Geschäft des Herrn Kofschlächters Kleh, Reinholdsdorfer Straße 34, erschienen und den dort lagernden Morast wegbrachten. Es setzte logisch eine Reinigungsaktion ein, und mittags konnte die Geschäftsführerin schon sagen: Zu uns kann jeder kommen, bei uns ist alles in Ordnung! Aber weiter. Abends um 9 Uhr kam zu unserem Gewährsmann ein Angestellter des Herrn Kleh und wollte denselben aus seiner Wohnung locken. Auf dem Hausflur lagen noch vier Mann auf der Lauer. Der Pian wurde verraten, die ganze Bande verhaftet und auf der Wache festgesetzt als: Kofschlächter Kleh, Frommheimer Str. 40, E. Schemann, Beusselstr. 88, M. Lange, Emdener Str. 43, H. Siebert, Chausseestr. 57, und P. Buchwald, Blantenburger Straße 70. Alle waren bewaffnet. Nach Feststellung der Personalien wurden sie wieder entlassen. Unser Gewährsmann wurde von zwei Beamten nach seiner Wohnung geleitet unter ständiger Bedrohung durch die Vorgesetzten. Geschehen ist unserm Gewährsmann nichts, obgleich Kleh aufforderte: 5000 M., wer den B. heute oder in den nächsten Tagen totschlägt. Die Sache hat noch ein gerichtliches Nachspiel. Dies zur Information der Arbeiterchaft, die etwa noch bei einem solchen Individuum, wie es Herr Kleh ist, etwas kaufen sollte.

### Ergebnis der Elternbeiratswahl in Neukölln

Die am gestrigen Tage vollzogenen Wahlen liefen unter ungemein schlechter Beteiligung. An unseren sechs westlichen Schulen betrug dieselbe im Durchschnitt kaum 40 Proz. Das herrliche Sommerwetter ließ leider unsere Eltern zum großen Teil ihre Wahlpflicht vergessen, während die Kommunisten durch raffinierte Klänge und uneheliche Mittel, das letzte Chepaar auf die Beine brachten, und durch demagogische Anisje Unaufgeklärte einfließen.

Abgegeben wurden an den sechs westlichen Schulen insgesamt 4485 gültige Stimmen; davon entfielen auf die Listen der U. S. P. D. 1680, K. P. D. 1848, S. P. D. 977. An Mandaten entfielen auf U. S. P. D. 47, K. P. D. 51, S. P. D. 26.

Parteiorganisation und -genossen, macht diesen Zufallsersolg der Kommunisten unklar durch angestrebte ziellose Tätigkeit in unseren Schulen. Frisch an die Arbeit, und sehr bald wird sich zeigen, daß verworrene Phantasterei unsern entschlossenen Willen zur Höherentwicklung unserer Schulen weichen muß.

Am Dienstag, den 24. Mai, abends 7 Uhr, findet eine Vollversammlung der gewählten Elternräte und sämtlichen Kandidaten in der Idealpassage statt. Tagesordnung: „Unsere nächsten Aufgaben“.

### Sittliche Verfehlungen mit Minderjährigen

„Eine aufsehenerregende Verhaftung, die an den Fall des Millionärspaares Franz aus der Wlogstraße gemahnt, wurde in der Badenschen Straße zu Schwaberg vorgenommen. Schon seit geraumer Zeit gingen Gerüchte um, daß dort in der Wohnung des bekannten Fliegers und Flugzeugfabrikanten Emil Jeannin sich Dinge zutrügen, die das Licht zu scheuen hätten. Man vernahm wiederholt gewisse Anzeichen und erfuhr, daß es sich um Auseinandersetzungen zwischen Eltern von Schülerinnen aus den im Weiten gelegenen Lagen und dem Flieger handelte. Es wird hierüber folgendes berichtet:

Die Dienststelle II, 4 der Kriminalpolizei, die von diesen Gerüchten ebenfalls hörte, veranlaßte Beobachtungen, und es ergab sich, daß Jeannin, ein Mann von 45 Jahren, der aus Rülheim im Elsaß stammt, früher einer der ersten Berufsfieger war, dann Flugzeuge baute, und zuletzt die Argo-Werke in Reinickendorf verwaltete, einen regen Verkehr mit zum Teil noch nicht 13 Jahre alten Mädchen unterhalte. Diese, meist Schülerinnen von Lagen, besuchten ihn oft in seiner Wohnung in der Badenschen Straße, die er luxuriös ausgestattet hatte. Aber auch ältere Mädchen und Frauen gingen ein und aus. Eine Vermittlerin war die Tochter eines Großindustriellen, die er vor vier Jahren in seine Kette gelockt und an sich gefesselt hatte. Sie wird beschuldigt, sich in der Laurentien- und anderen Straßen an die jungen Mädchen herangemacht und sie dem Flieger zugeführt zu haben. Jeannin und seine Helferebenerin wurden verhaftet. Bei seiner Vernehmung bestritt Jeannin die ihm zur Last gelegten Verfehlungen.

Sprechstunde für Elternbeiräte. Donnerstag nachm., 6-7 Uhr, in der „Freiheit“-Bibliothek, Breite Str. 8-9.

Eine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet am kommenden Donnerstag statt. Die Tagesordnung ist eine sehr umfangreiche; sie umfaßt nicht weniger als 47 Punkte. Aus den vorliegenden Anträgen sind besonders hervorzuheben der Antrag Dr. Wehl und Genossen betr. Entlassung städtischer Arbeiter und Angestellten, ein ähnlicher Antrag ist auch von den Kommunisten gestellt. Ferner ist von der U. S. P. D. ein weiterer Antrag gestellt, der die Einstellung von Mitteln im Haushaltsplan 1921 für die Verschickung von Kindern aufs Land vorschlägt. — Zur Beschlußfassung liegen vor: Schaffung der Stelle eines Generaldirektors sowie von zwei Abteilungsdirektoren, ferner die Wahl von Bürgerdeputierten und verschiedene andere. Außerdem ist die Wahl einer Anzahl Ausschüsse notwendig.

Generalversammlung des Spandauer Konsumvereins. Die am 20. Mai 1921 tagende außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins „Mercur“ für Spandau und Umgegend, wies leider nicht den in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung notwendigen Besuch auf. Es sollte nämlich der endgültige Beschluß über die Verschmelzung mit der Konsumgenossenschaft Berlin gefaßt werden. Nach einem kurzgefaßten Vortrag des Geschäftsführers Hornig, setzte eine rege Diskussion ein. Der größte Teil der Redner war gegen den Anschluß an Berlin. Einestweils hielten sie die jetzige Zeit, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, nicht für geeignet, andererseits befürchteten sie nicht Vorteile, sondern Nachteile von einem Anschluß zu haben. Die Abstimmung ergab folgendes Bild: es wurden 143 gültige Stimmen abgegeben, davon waren 49 für, und 94 gegen den Anschluß. Mit diesem Ergebnis war die Verschmelzung mit der Konsumgenossenschaft Berlin abgelehnt.

Zu der Aushebung des Instituts für „Körperpflege“ (Mutabor) in der Steglitzer Straße 43 bittet uns der geprüfte Masseeur und Heilgehilfe Georg Gottlieb aus der Gr. Hamburger Straße 15/16 mitzuteilen, daß er mit dem zusammen mit dem Apotheker Feiser und einem gewissen Volld verhafteten „Professor“ Gottlieb aus der Genthiner Straße weder verwandtschaftlich noch geschäftlich etwas zu tun hat.

„Von einem Frachtdampfer gerammt. Gestern vormittag 11 es einigen Ausflüglern, die sich in einem Segelboot auf der Dahme befanden, recht übel ergangen. Gegenüber dem Sporthaus des „Borussia“-Klubs wurde das Boot von einem Frachtdampfer gerammt, wodurch es kenterte. Die fünf Insassen fürchten ins Wasser. Zu ihrem Glück war schnell ein Motorboot zu Hilfe geeilt, dessen Mannschaft es gelang, alle fünf Personen zu retten und an Land zu bringen.

„Wenn man ein brennendes Streichholz fortwirft! Durch eine oft gerigte Unvorsichtigkeit hätte gestern leicht wieder ein großes Unheil passieren können. Im Hause Kurfürstendamm 124 wurde aus dem Fenster eines oberen Stockwerkes ein brennendes Streichholz geworfen; das Holz durch das offene Fenster einer Wohnung auf die Markise, die Feuer fing und in ein paar Minuten lichterloh brannte. Infolge der Hitze plachten die Scheiben des darunter befindlichen Ladens. Es bestand nun die Gefahr, das die brennenden Fegen der Markise in den Laden geweht werden würden. Die Feuerwehr erschien noch rechtzeitig und verhinderte, daß das Feuer weiter um sich griff.

„Eine blutige Liebestragödie spielte sich am Sonnabend im Hause Elisabethstraße 61 ab. Die dort wohnende Schneiderin Gertrud Bestler geriet mit ihrem Bräutigam, dem in der Büchsenstr. 4 wohnhaften Arbeiter Leopold Buh, in einen heftigen Streit, der auf dem Hofe des Grundstücks seine Fortsetzung fand. Plötzlich zog Buh ein Rasiermesser aus der Tasche und verletzte seine Geliebte durch mehrere Schnitte am Hals und an der linken Schläfe erheblich. Die Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus geschafft.

Vorausichtiges Wetter für Berlin und Umgegend am Dienstag, frisch und überwiegend heiter, nachts kühl, in den Mittagsstunden ziemlich warm, bei mäßigen nördlichen Winden.

## Gewerkchaftliches

### Zunkermethoden

Wir haben wiederholt festgestellt, daß der Pommerische Landbund mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln versucht, die Landarbeiter von ihrer Organisation, dem Deutschen Landarbeiter-Verband, fernzuhalten. Zahlreiche Kündigungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation sind deshalb in den pommerischen Landkreisen zu verzeichnen.

Der Einfluß des Pommerischen Landbundes macht sich in neuester Zeit auch in den einzelnen Kreisen des Regierungsbezirks Schneidemühl bemerkbar. So sind allein im Kreise St. Krone 200 Kündigungen von Seiten des Deutschen Landarbeiter-Verbandes festgestellt worden. Wie weit der Terror der Arbeitgeber in der letzten Zeit geht, zeigt uns folgender Fall. In dem Kreise Deutsch-Krone haben es die Arbeitgeber wohl fertig gebracht, die ihnen unliebsamen Arbeiter zu entlassen, aber, was sie nicht fertig brachten, war, die Arbeiter aus ihren Gutsmobnungen zu entfernen. Um diese Wohnungen freizubekommen, entzieht man den Arbeitern das Futter, welches sie für ihre Kuh oder sonstiges Vieh benötigen. Der Regierungspräsident, der die schwierige Lage dieser Arbeiter anerkennt, gab Anfang April eine Verfügung heraus, nach welcher die Gemeinde- und Gutsvorsteher angewiesen wurden, für die Erhaltung des Viehs dieser Arbeiter Sorge zu tragen, indem den Betroffenen das Futter zu den gesetzlichen Höchstpreisen geliefert wird. Diese Verfügung wird von den Arbeitgebern nicht befolgt. Wenn man heute in manchem Kreise sich so sehr für die Anstellung von Landarbeitern oder kleinen Besitzern ins Zeug legt, so zeigt dieser Vorgang, in welche mißliche Lage diese kleinen Leute unter Umständen kommen können. Hier wäre es Pflicht der Regierung, einzugreifen. Von Seiten des Vorstandes des Deutschen Landarbeiter-Verbandes sind die maßgebenden Ministerien und Instanzen angereuert worden. Um aber die äußerste Not von diesen kleinen Besitzern abzuwenden, hat der Verbandsvorstand der dortigen Gausleitung Geldmittel zur Verfügung gestellt, um für die Gemahregelten, soweit diese Verbandmitglieder sind, Futtermittel anzukaufen.

Für die Landarbeiter aber muß dieser Fall eine Lehre sein, und zwar dahingehend, daß sie noch mehr als bisher für den Ausbau ihrer Organisation Sorge tragen, um diesem Herrenmenschen in der Landwirtschaft wirksam und erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Betriebsrätelehre. Dienstag, den 24. Mai 1921, beginnen folgende Kurse: Sophien-Vyzeum, Weinmeisterstr. 16-17: „Das Existenzminimum und seine Errechnung“, abends 7 Uhr, Zimmer 25, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz; „Die rechtlichen und wirtschaftlichen Aufgaben der Betriebsräte“, nachm. 5 Uhr, Zeichensaal; „Volkswirtschaft und ihre Bekämpfung“, abends 7 Uhr, Zeichensaal, Friedrich-Werder'sches Gymnasium, Buchener Straße 8b; „Lohnwesen“, nachm. 5 Uhr, Zeichensaal; „Das Existenzminimum und seine Errechnung“, abends 7 Uhr, Zeichensaal, Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Engeluser Nr. 14-15, 2. Hof 1 Tr.; „Wie sieht der Betriebsrat eine Bilanz?“, abends 7 Uhr, Zeichensaal, Anmeldung aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Betriebsräte bei Beginn des Kurses in der Schule. Karten können nachträglich bis zum zweiten Kursabend gelöst werden im Bureau der Betriebsrätezentrale, Engeluser 14-15, 2. Hof, 1 Tr. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Die Lohnbewegung der Schwer- und Leichtindustrie in Berlin. Wie bereits mitgeteilt, konnte nicht die eingetragene Forderung, da die Unternehmung jedes Zugeständnis ablehnten, eine Einigung zwischen den Parteien, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband und der Fuhrbetriebs-Gewerkschaft erzielt werden. Der zur Entscheidung angerufene Schlichtungsausschuss

